„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant
1835 Halifax Street, Regina

19. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 7. April 1926 | 12 Seiten | Nummer 22

Zusammenstoß zwischen Meighen und Dunning

Erregung über die Frage der Aufwertung der Soldatenländereien

Im Prinzip einig, aber in der Frage der Methoden Meinungsverschiedenheiten.

Ottawa. — Im Unterhause war eine Resolution eingebracht worden, welche sich auf eine Vorlage zur **Abänderung des** Soldatensiedlungsgesetzes bezog und die Aufwertung der Soldatenländereien verlangte.

Der Führer der Opposition, Arthur Meighen, gab zu, daß es Fälle gebe, in denen die Soldaten zuviel für ihr Land bezahlt hätten, doch meinte er, daß der Landerwerb in größtmöglichem Maße geschützt sei. Den Soldaten, welche sich auf dem Lande angesiedelt hätten, sei eine Ausbildung im Farmen gewährt worden, wenn sie nicht bereits Erfahrungen als Farmer besessen hätten. Das ganze Unternehmen sei in Schwierigkeiten geraten, als die Entwertung der Farmländereien begann, kurz nachdem die Käufe abgeschlossen waren. Gegen die Aufwertung selbst konne nichts vorgebracht werden. Doch das Problem sei, wie die Aufwertung vor sich gehen solle. Es sei ganz unmöglich, allen Gerechtigkeitwiderfahren zu lassen. Der vom Einwanderungsminister eingebrachte Plan sei unreif und angreifbar. Man sollte ihn ein Gesetz nennen, das die Soldatensiedler zwingen wolle, für die Regierung zu stimmen. Der Minister werde überall Komitees einsetzen, und durch die Gesetzgebung 30 oder 40 Millionen Dollars in die Hand bekommen, die er unter den 17,000 Siedlern, ihren Frauen und Kindern zu Parteizwecken verteilen werde. Das oberste Tribunal für die Aufwertungsfrage sei ein Distrikts**komitee von drei Personen**, einem Vertreter des „Soldiers Settlement Board", einem von den Veteranenorganisationen und einem, der vom Minister ernannt werde." Die zwei letzteren könnten den ersten, der die Aufwertung in gemäßigter Form durchführen wolle, überstimmen. Ungefähr 17,000 Farmen würden der Aufwertung unterliegen. Er glaube, daß die durchschnittliche Entwertung sich auf 40% stelle.

Robert Forke, der progressive Führer, bemerkte, die Bewertung von Ackerbauland sei ein sehr schwieriges Problem. Die Werte seien nach den Oertlichkeiten sehr verschieden. Er halte es für das beste, eine Art von Schiedsgericht einzusetzen, welches die Bewertung festlegen sollte. Die Hauptsache sei, eine Gesetzesvorlage zu erhalten, welche den Soldatensiedlern möglichste Gerechtigkeit widerfahren lasse.

Als der Konservative Donald Sutherland von South Oxford erklärte, die Lage auf den Farmen sei allgemein unbefriedigend, weswegen man den Farmern mit einem Schutzzoll zu Hilfe kommen müsse, warf der neue Eisenbahnminister Hon. Chas. Dunning ein, man scheine das Bestreben zu haben; die Frage des Schutzzolles in jede Debatte hineinzutragen. Herr Meighen habe alle möglichen schlimmen politischen Manipulationen hinter der Aufwertung gesucht, welche vom Einwanderungsminister angeblich geplant seien.

„Es würde noch weit schlimmer sein, wenn es in Ihren Händen wäre", unterbrach Meighen.

Dunning gab zu, daß Meighens Motive die besten waren, als er den Plan der Soldatensiedlung aufgebracht habe. Doch habe die Regierung das Recht, eine höfliche Berücksichtigung zu finden, wenn sie den Scherbenhaufen aufräumen wolle, der von einer konserv. Verwaltung an ihrer Türe zurückgelassen worden sei. Der „Settlement Board" sei der nämliche, der Meighen eingesetzt habe, und es sei ungerecht, jener Organisation politische Manipulationen nachzusagen.

Meighen bemerkte, Dunning wolle anscheinend in das Parlament Methoden hereintragen, an die er sich früher gewöhnt habe. Er möchte Dunning darauf aufmerksam machen, daß Vernunft wirksamer sei als der Aufwand von großem Stimmenmaterial. Er sei nicht dafür, daß man die „Verwendung der Maschinerie" an den Minister für Eisenbahnen und Kanäle oder an den Generalstaatsanwalt übertrage. Der ursprüngliche Akt habe keine Handhabe für politische Manipulationen geboten. Wenn dieses Gesetz wirksam werde, erhalte der Minister eine Vollmacht, welche keine Regierung verlangen sollte.

„Rot", rief Dunning dazwischen.

Meighen erwiderte, die Sprache des Herrn Dunning erinnere an die Legislatur, aus der er komme.

Dunning sprang auf und erklärte, der Minister habe nicht das Recht, auf ein anderes Parlament in dieser Weise Bezug zu nehmen.

Meighen meinte, das sei ebenso parlamentarisch wie die Sprache des Ministers. In diesem Parlament müsse der Minister die Medizin nehmen, die er anderen geben wolle. Er möge sich erst bessere Fähigkeiten erwerben, bevor er wieder einen solchen Versuch mache.

Als Dunning lachte, bemerkte Meighen, ob denn der Minister glaube, daß er durch törichtes Lachen Ehre einlege.

„Regen Sie sich nicht auf!" repliziert Dunning, worauf Meighen antwortete: „Handeln Sie wie ein Gentleman!"

Nach weiterem Hin und Her erklärte Minister Stewart, er sei bereit, an die Stelle des Vertreters des Ministers im Schiedsgerichtskomitee einen Distriktsrichter zu setzen.

Im Prinzip wurde der Plan der Regierung gutgeheißen, nur hinsichtlich der Methoden herrschten noch Meinungsverschiedenheiten.

Deutsches Rotorschiff auf Fahrt nach New York

Flettners Erfindung soll Ozeanprobe bestehen.

Ungefähr sechs Wochen für Fahrt vorgesehen.

Kiel, 3. April. — Alle in der letzten Zeit verbreiteten Meldungen über einen Fehlschlag des beim Bau des Rotorschiffs „Buckau" angewendeten Flettnerschen Systems werden durch die Tatsache widerlegt, daß das 600 Tonnen große, vom Winde getriebene Schiff, das jetzt in „Baden-Baden" umgetauft ist, den hiesigen Hafen mit einer Ladung von Bauholz verläßt und sich nach New York begibt.

Die Fahrt der „Baden-Baden" geht zuerst nach Hamburg, wo sie Oel an Bord nehmen und nach den Azoren in See stechen wird. Dieses ist wohl ein ziemlicher Umweg nach New York, aber jener Seeweg, den Segelschiffe in vergangenen Zeiten genommen haben. Bei Benutzung dieser Wasserstraße dürfte die Fahrt nach New York, bei der sich das Schiff zum größten Teil auf günstige Winde verläßt, ungefähr sechs Wochen in Anspruch nehmen.

Die Oelbehälter des Rotorschiffes sind vergrößert worden, auch hat man im Innern desselben kleine Abänderungen getroffen, sonst aber ist die „Baden-Baden" dieselbe Buckau, die im vergangenen Jahr die Nordsee hinüber und herüber kreuzte und bei heftigem Sturm, der vielen großen Segelschiffen gefährlich gewesen wäre, von Deutschland nach Schottland und wieder in den Heimatshafen zurückfuhr.

Kapitän Peter Callsen, der die „Buckau" im letzten Jahr befehligte, als sie triumphierend in den Hafen von Firth of Forth einlief, wird die „Baden-Baden" nach New York führen. Die Besatzung besteht aus 15 Mann. An Bord des Schiffes werden sich mehrere Korrespondenten befinden, die über den Verlauf der Reise von Tag zu Tag drahtlose Berichte aussenden werden.

Der Ingenieur Anton Flettner kommt an Bord eines Dampfers nach New York, um die „Baden-Baden" bei ihrer Ankunft im Hafen begrüßen zu können.

Eisenbahnschmerzen in Alberta

Premier Brownlee lehnt Hudson Bay-Bahn ab

Wortgefecht mit liberalen Abgeordneten.

Edmonton. — Nach einer Ankündigung von Premier Brownlee in der Legislatur von Alberta hat die Provinzialregierung sich entschlossen, die Edmonton, Dunvegan und British Columbia-Eisenbahn an keine der großen transkontinentalen Eisenbahnen unter den bis jetzt vorgeschlagenen Bedingungen zu verpachten. Die Regierung von Alberta will sich auf keinen besonderen Betriebsplan festlegen, sondern einen weiteren Versuch machen, die Dominionregierung an dem Problem zu interessieren. Premier Brownlee und Minister Smith wollen nach Beendigung dieser Session nach Ottawa fahren, um dort mit den zuständigen Stellen zu verhandeln. Inzwischen soll der Betrieb der Eisenbahn auf der bisherigen Basis in Verbindung mit der C. P. R. weitergeführt werden.

Der Premier führte weiterhin aus, die Eisenbahn sei, soweit ihr rechtlicher Status in Betracht komme, eine Dominioneisenbahn und daher auch dem Eisenbahngesetz der Dominion unterworfen. Sie sei zur Ausgabe von Bonds bis zu $30,000 per Meile berechtigt. Bonds in Höhe von insgesamt $9,120,000 würden von der Provinz garantiert und durch drei verschiedene Hypotheken an die National Trust Company gewonnen, während Bonds im Gesamtbetrage von $2,100,000 in derselben Weise ausgegeben würden, wobei die Royal Bank als Bondsinhaberin auftrete. Infolge des schlechten Zustandes der Linie und da es der Gesellschaft unmöglich gewesen sei, für die nötigen Transportvorrichtungen zu sorgen, habe die Regierung sich bereit erklärt, unter der Leitung der C. P. R. $2,500,000 für die Erhaltung und Ausbesserung des Schienenweges vorzustrecken. Die C. P. R. habe von 21. Juli 1920 an die Eisenbahn auf fünf Jahre übernommen. Diese Zeit sei nun abgelaufen und die C. P. R. betreibe die Linie noch weiter mit 3-monatlicher Kündigungsfrist.

Zwei Angebote liegen nun vor, nämlich von der C. P. R., welche eine siebenjährige Pacht wünscht, Prärieraten zur Anwendung bringen und eine jährliche Miete von $60,000 bezahlen will, und von der C. N. R., welche eine zehnjährige Pacht beantragt und die Gewinne zur Hälfte zwischen der Regierung und der Gesellschaft verteilen will. Außerdem erklärt sich die C. N. R. bereit, eine Zweigbahn zur Küste zu bauen, wenn das Peace River-Gebiet 10 Millionen Buschel ausführbares Getreide aufzuweisen hat. Andere Angebote sind nicht eingelaufen. Beide betreibende die Regierung nicht. Ein Angebot an die C. P. R., die Eisenbahn zu kaufen und $9,400,000 von der fundierten Schuld zu übernehmen, wurde abgewiesen. Unter dem heutigen Verhältnis häuft sich die Schuld der Provinz für die Bahn von Jahr zu Jahr an. Ende 1924 war sie $18,808,450 und Ende 1925 war sie auf $19,650,949 angewachsen. In jedem Jahr vermehrt sich die Schuld um weitere $850,000. Wenn sie auf der Grundlage des Vorschlages der C. P. R. verpachtet würde, den der Premier noch für den besten hält, würde die Provinz nach 10 Jahren 8 bis 10 Millionen weitere Schulden haben.

Im Zusammenhang mit dieser Sache wandte sich Premier Brownlee auch gegen die Vollendung der Hudsons Bay-Bahn, die nicht so wichtig sei als die Beschaffung von Verkehrsmöglichkeiten für die Ansiedler im Peace River-Gebiet. Der Führer der Opposition, J. E. Bowen, wandte sich gegen diese Aeußerung.

Daraus entspann sich ein kleines Wortgefecht, in dessen Verlauf der Liberale L. A. Giroux von Grouard dem Premier vorhielt, daß es seine progressiven Parteifreunde in Ottawa gewesen seien, welche den Bau der Hudsons Bay-Bahn gefordert hätten. Premier Brownlee hingegen erklärte, es kümmere ihn nichts, was die Progressiven in Ottawa täten, er habe nur für die Interessen von Alberta zu sorgen und hier habe man für die Hudsons Bay-Bahn nichts übrig.

Zur Konvention der Saskatchewan Co-operative Elevator Company

Weizenpool und geplanter Elevatorenverkauf

Hoffnung auf Durchführung des Projektes.

Regina. — Von der Hauptgeschäftsstelle des Saskatchewan Weizenpool wird dem „Courier" geschrieben:

„Eine der wichtigsten Fragen, über welche die Farmer von Saskatchewan im letzten Jahrzehnt eine Entscheidung zu treffen hatten, wird in der Versammlung der Gesellschafter der Saskatchewan Co-operative Elevator Company am 9. April in Regina zu beraten sein, nämlich das Angebot des Saskatchewan Weizenpool, das ganze Elevatorensystem der „Co-op" zu kaufen.

„Die Stimmung, welche in besonderen örtlichen Versammlungen der Co-op-Gesellschafter zur Wahl von Delegaten zum Ausdruck gekommen ist, scheint darauf hinzuweisen, daß eine beträchtliche Mehrheit für den Verkauf ist.

„Die ergänzende Gesetzgebung, welche in der letzten Session der Legislatur angenommen worden ist, sieht vor, daß 75 Prozent der anwesenden Delegaten auf einer zu diesem Zwecke einberufenen Versammlung für den Verkauf stimmen muß, bevor das Kaufangebot angenommen werden kann.

„Zuverlässige Berichte lassen erkennen, daß in etwa 85 Prozent der abgehaltenen Lokalversammlungen für den Verkauf gestimmt wurde. Anscheinend hat das Angebot des Pool den Gesellschaftern der Co-op zugesprochen.

„Die Poolmethode der genossenschaftlichen Vermarktung hat während der zweijährigen erfolgreichen Anwendung gezeigt, daß eine geordnete Vermarktung einen wirklichen Bargeldwert für die Provinz Saskatchewan bedeutet.

„Der Saskatchewan Weizenpool hat mit Hilfe seiner Schwestergesellschaft, der „Saskatchewan Pool Elevators Ltd.", dieses Jahr 91 Elevatoren betrieben. Die Berichte der Poolbeamten zeigen, daß die Tätigkeit der Elevatorgesellschaft entschieden erfolgreich gewesen ist. Durchschnittlich sind 170,000 Buschel in jedem Elevator in Handel gebracht worden, trotz der Tatsache, daß nicht alle Elevatoren in Betrieb sein konnten, als die Getreidebeförderung begann. Die Kosten für den Vertrieb von 170,000 Buschel durch einen Landelevator sind nicht sehr viel höher als die für 85,000 Buschel. Der Pool kann durch die Kontrolle des Getreides, das er direkt durch eigene Elevatoren leitet, die durchschnittliche Vertriebsmöglichkeit per Elevator beträchtlich steigern, und die daraus gewonnenen Ersparungen werden den Farmern der Provinz zu Gute kommen.

„In Anbetracht der hohen Bedeutung der Weizenernte für unsere Provinz und in Anbetracht der Tatsache, daß der Saskatchewan Weizenpool bewiesen hat, daß durch genossenschaftliche Vermarktung die Preise stabilisiert werden können und dem Farmer ein besserer Durchschnittspreis für sein Getreide gewährt wird, glauben wir, daß es im Interesse aller Farmer gelegen ist, wenn die Stimmung für die Vereinigung der beiden großen, von Farmern geeigneten Handels- und Vermarktungsorganisationen zu einer Organisation einmütig zum Ausdruck gelangen würde."

Neue canadische Bürger

Ottawa. — Der Jahresbericht des Staatssekretärs von Canada bis zum 31. März 1925 enthält ein Kapitel, das sich mit der Naturalisierung von Fremdgeborenen befaßt. Insgesamt sind in dem Jahr, das mit 31. März 1925 zu Ende ging, 13,288 Personen canadische Bürger geworden. In diese Zahl sind auch die Frauen und die minderjährigen Kinder mit eingerechnet. Nach den Ländern ihrer Geburt verteilen sich die neuen Bürger folgendermaßen:

Albanien 12, Oesterreich 1647, Belgien 289, Bulgarien 104, China 128, Cuba 1, Tschechoslowakei 188, Danzig 2, Dänemark 158, Finnland 250, Estland 2, Frankreich 140, Deutschland 592, Griechenland 426, Holland 143, Ungarn 194, Island 10, Italien 2067, Japan 15, Luxemburg 1, Montenegro 1, Norwegen 286, Persien 4, Polen 1498, Rumänien 936, Rußland 1559, Serbisch-kroatisch-Slowenistaat 172, Spanien 5, Schweden 148, Schweiz 70, Türkei 15, Türkei (Armenien) 54, Türkei (Griechenland) 4, Türkei (Syrien) 17, Ver. Staaten 1745, Unbekannt 5, Zweifelhaft 2. Insgesamt 13,288.

Unruhen in Indien

London, 3. April. — In Kalkutta, Indien, ereignete sich ein wütender Kampf zwischen einer Hindusekte und Moslems. Nach einer Schätzung wurden 20 Menschen getötet und 150 verwundet. Gemäß einer Depesche begann der Aufruhr, als sich ein Zug mit Musik, an dessen Spitze die Arya Samaj-Sekte von Hindus, Feinde der Moslems, stand, einer Moschee näherte. Der Kampf brach aus, als die Moslems den Weg zu verlegen suchten, und der Tumult breitete sich rasch nach anderen Straßen aus. Ein Polizeibeamter und ein anderer Engländer wurden leicht verletzt.

Deutsche Wirtschaftsnot und Dawesplan

London, 2. April. — Die Zeitung „Daily Chronicle" bringt einen ausführlichen Bericht ihres Düsseldorfer Korrespondenten „über die ernsteste Krise in der Geschichte der industriellen Welt", die Deutschland gegenwärtig durchmache. Am Schluß des Berichts stellt der Berichterstatter die Frage: „Kann Deutschland mit fünf Millionen Arbeitslosen ohne Aussicht auf eine wesentliche Besserung im Verlauf des Jahres mit schweren Steuerlasten und teurem Geld die noch ernstere Bürde auf sich nehmen, die der Dawesplan ihm bringt? Schon die nahe Zukunft wird es lehren, aber die Antwort kann nicht zweifelhaft sein."

Peking bombardiert

Peking, 3. April. — Chinesische Flieger bombardierten heute Peking. Flieger von Chang Tso Lin warfen bei zwei Angriffen zehn Bomben, von welchen fünf explodierten. Soviel sich erfahren läßt, kamen keine Unglücksfälle vor. Die Geschosse fielen innerhalb der Stadtmauern in der Nähe des Winterpalastes und des Tempels des Himmels. Nach zuverlässigen Berichten hält sich das diplomatische Korps nicht für befugt, eine Einstellung der Angriffe zu verlangen, sondern kann nach seiner Meinung lediglich auf der Unverletzlichkeit des Gesandschaftsviertels bestehen.

Deutschland und der Völkerbund

Berlin, 3. April. — In einer Kabinettssitzung wurde einstimmig beschlossen, die Einladung des Völkerbundes an Deutschland zur Mitarbeit in der Kommission, welche die Frage der Reorganisation des Völkerbundrats prüfen soll, anzunehmen.

Diese Entschließung wurde im Reichstag und in anderen politischen Kreisen mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Selbst in Kreisen, die Deutschlands Eintritt in den Völkerbund befürworten, ist die Befürchtung vorhanden, daß Deutschland durch Beteiligung an den Arbeiten der Kommission seine Aktionsfreiheit verlieren könnte.

Fünf Millionen Analphabeten in den Ver. Staaten

Washington, 3. April. — Nach Ermittlungen können 10,000 Personen in der Stadt Washington weder lesen noch schreiben. Philadelphia hat ungefähr 60,000 Analphabeten. Die Stadt New York hat genug, um ein Gemeinwesen von der Größe von Denver zu bevölkern. Pennsylvanien könnte zwei Staaten von dem Umfang von Wyoming bevölkern. Fünf Millionen Männer und Frauen in diesem Lande sind ohne jede Schulausbildung.

Neue rumänische Regierung

Bukarest, 3. April. — General Avarescu, der während des größten Teils der Beteiligung Rumäniens an dem Weltkrieg Oberbefehlshaber des ersten Armeekorps war, hat ein Kabinett gebildet, dessen Mitglieder den Amtseid ablegten.

Die letzte Amtshandlung der Regierung des zurückgetretenen Premiers Bratianu bestand in der Erhöhung des Einfuhrzolles für Kraftwagen, Textilwaren, Metall, Leder, Baumaterial und landwirtschaftliche Maschinerie um mehrere hundert Prozent.

Alte deutsche Geldscheine wertlos

Berlin, 4. April. — Besitzer von Tausendmarkscheinen der Reichsbank, welche vor dem Kriege herausgegeben wurden, und welche möglicherweise der Hoffnung waren, dafür den Nennwert in Nachkriegsgeld zu erhalten, werden in ihren Hoffnungen getäuscht, erklärte Dr. Hjalmar Schacht, der Präsident der Reichsbank.

Ein großer Posten dieser Scheine ist noch in den Händen unbekannter Personen, und Dr. Schacht meinte, wenn die Reichsbank diese Scheine einlösen sollte, würden Deutschlands Finanzen vollständig ruiniert werden.

Gleich nach der Revolution wurde mit diesen Scheinen ein schwunghafter Handel getrieben.

Die österreichische Auswanderung

Wien, 3. April. — Die österreichische Auswanderung, welche in den Jahren 1919—1922 zusammen 20,764, im Jahre 1923 allein 15,197 und 1924 2650 Personen betrug, ist im Jahre 1925 wieder auf 4627 gestiegen. Unter den Berufen ist die Land- und Forstwirtschaft einschließlich Gärtnerei mit 1046 am stärksten vertreten, es folgt die Industrie mit 775. Die Angehörigen der Auswanderer (Frauen und Kinder) stellten 1681 Personen. Unter den Zielländern überwiegt Brasilien mit 2610 Einwanderern, es folgen die Ver. Staaten mit 758, Argentinien mit 703, Palästina mit 107, Aegypten mit 51, Mexiko mit 42, Niederländisch-Indien mit 27. Unter den Herkunftsgebieten ist Wien mit 1050, Oberösterreich mit 960, Steiermark mit 865, Niederösterreich mit 714, Burgenland mit 601, Kärnten mit 177, Vorarlberg mit 118, Tirol mit 100, Salzburg mit 42 Personen beteiligt. Im ganzen sind seit 1919 43,538 Personen aus Oesterreich ausgewandert.

Russische Justiz

Jekaterinoslaw, 3. April. Wegen Beteiligung an der Ermordung von Dr. Boris Karawanow, eines Mitgliedes der ersten Duma im Jahre 1906, wurden zwei Russen, Schaldo und Tschekonenko, zum Tode verurteilt.

Zwei andere, Schelestow und Balabanow, erhielten zehn bezw. fünf Jahre Zuchthaus; aber das Urteil im Falle von Balabanow wurde wegen seines Alters auf ein Jahr heruntergesetzt.

Das Gericht fand, daß der Mord in Wirklichkeit von dem notorischen „Schwarzen Hundert" begangen wurde, deren Werkzeuge Schaldo und Tschekonenko waren.

Französischer Edelmetallschmuggel

Paris, 3. April. — Nach jahrelangen Bemühungen hat die Pariser Polizei kürzlich eine Bande von Münzschmelzern auf frischer Tat ertappt und ist damit einem für die Beteiligten höchst einträglichen Schmuggel von Gold und Silber aus Frankreich nach dem Ausland auf die Spur gekommen.

Weitere österreichisch-deutsche Annäherung

Bundeskanzler Ramek und Reichsminister Stresemann einigen sich über Völkerbund und Wirtschaftspolitik.

Oesterreich verzichtet auf Anschluß an Nachfolgestaaten.

Berlin, 3. April. — Der dreitägige Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Ramek ist zum Abschluß gekommen. Der Kanzler hat die Rückfahrt nach Wien angetreten. Die Aufnahme, die er hier gefunden, war eine ebenso glänzende wie freundschaftliche. Mit amtlichen Unterredungen und geselligen Veranstaltungen war die Zeit seines Besuchs reichlich ausgefüllt.

Nach dem Empfang beim Reichspräsidenten von Hindenburg und der Besprechung mit dem Reichskanzler Dr. Luther folgte eine Konferenz mit dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann, in der sich eine völlige Uebereinstimmung der Auffassung der augenblicklichen Lage herausstellte.

Wie der Korrespondent der N. Y. St. erfährt, sind die rein politischen Fragen, wie die des Zusammenschlusses Oesterreichs und des Deutschen Reichs, programmäßig bereits vom Besuch ausgeschaltet gewesen. Was unter vier Augen darüber und über die Rassen- und Kulturgemeinschaft der beiden Völker gesprochen worden ist, bleibt der Kenntnis entzogen.

Die ausdrückliche Erörterung beschränkte sich auf zwei Fragen, erstens die der Völkerbundspolitik beider Länder und zweitens die der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen ihnen. Der ersteren gegenüber herrscht völlige Gleichheit der Ansichten. Die österreichische und die deutsche Regierung verfolgen die gleiche Völkerbundpolitik, die von Locarno nach Genf geführt hat. Das Festhalten der Reichsregierung an den Richtlinien des Ausgleichs und der Versöhnung, die in Locarno aufgestellt sind, findet das volle Verständnis und die restlose Billigung auf der österreichischen Seite. Ebenso die Berliner Erklärung, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund von der Erfüllung der Locarno-Zusicherungen abhängig macht.

Den Hauptpunkt der Unterredung zwischen dem österreichischen Bundeskanzler und dem deutschen Außenminister bildete die Erörterung der Notwendigkeit einer weiteren Annäherung der beiden Staaten durch Ausbau der Handelsverträge zwischen ihnen. Dieser Ausbau soll unverzüglich in Angriff genommen werden.

Es ist ein Einverständnis dahingehend erzielt worden, daß keiner der beiden Staaten irgendwie Aktion auf dem Gebiet der Außenhandelspolitik unternehmen soll, die den gemeinsamen Interessen widerstrebt. Das stellt ein wirtschaftliches Abkommen für Schutz und Trutz dar. Auf der Genfer Tagung des Völkerbundes, auf der Oesterreich die Kontrolle über seine Finanzen und Wirtschaft, wenn auch immer noch innerhalb gewisser Grenzen, zurückerhalten hatte, war die damalige Bemühung der österreichischen Regierung, Vorzugszollverträge mit den Nachfolgestaaten zustande zu bringen, am Widerstand Englands und der Tschechoslowakei gescheitert. Solche Verträge hätten zwischen Oesterreich und Deutschland eine Schranke aufgerichtet; denn die Nachfolgestaaten hätten unter keinen Umständen eine Einschließung Deutschlands in die Vorzugsverträge zugelassen, schon unter der Erwägung nicht, daß Deutschland in solcher Gemeinschaft das Uebergewicht gewinnen müßte. Auch der Gedanke einer Donauföderation, dem der Plan der Wiederaufrichtung des Wirtschaftsgebiets der alten K. u. K. Monarchie zu Grunde gelegt war, hätte, wenn er verwirklicht worden, trennend zwischen Oesterreich und Deutschland gewirkt. Der Hauptvertreter sowohl der Politik der Vorzugsverträge wie der Idee einer Donauföderation war der österreichische Außenminister Dr. Mataja. Nachdem beide gescheitert, mußte er aus dem im Januar d. Js. rekonstruierten Kabinett Ramek ausscheiden.

Die nunmehr beim Besuch des Bundeskanzlers in Berlin festgesetzte Richtlinie für eine weitere Annäherung zwischen Oesterreich und Deutschland schaltet Maßregeln wie Vorzugsverträge und Donauföderation aus. Sie weist den Weg zu einem wirtschaftlichen Zusammenschluß der beiden Länder. Ueber dieses Ziel hinaus führt der Weg auch zum Anschluß.